Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Girо-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Aufte. wird keine Gewähr übernommen.

№ 45. | Freitag den 22. Februar 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Württ. Städtetag.

Stuttgart, 20. Febr. Der Verwaltungsausschuß des Landtags ist bei der zweiten Lesung des Entwurfs einer neuen Gemeindeordnung den Wünschen und Forderungen des Württ. Städtetags zwar in mancher Beziehung entgegengekommen, hat sie aber in verschiedenen wesentlichen Punkten unberücksichtigt gelassen. Dieser Umstand veranlaßte den Vorstand des Städtetags in der vergangenen Woche, nochmals dazu Stellung zu nehmen. Der Vorstand einigte sich dahin, in einer weiteren, dritten, Eingabe wenigstens diejenigen Anträge zu wiederholen, die im Verwaltungsausschuß in seinem Sinne gestellt und mit geringer Mehrheit abgelehnt worden sind, bei denen somit Aussicht besteht, daß sie im Plenum wieder aufgenommen werden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um folgende Punkte: Grundsätzliche Anerkennung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden als fundamentale Voraussetzung des ganzen Gesetzgebungswerks; Versagung der Genehmigung von Eingemeindungen im Falle vollständiger Einigung der beteiligten Gemeinden nur aus Gründen des öffentlichen Wohls; Streichung des geplanten Verordnungsrechts über das Verfahren bei Gemeindebezirksänderungen; Beseitigung der Mitgliedschaft der Geistlichen in der Ortsfürsorgebehörde (nicht auch im Ortsfürsorgeausschuß) wenigstens für die großen und mittleren Städte; Beschränkung der Mitwirkung staatlicher Instanzen bei dem rechtsgültigen Zustandekommen der Wahl eines Ortsvorstehers auf das Einspruchsrecht der Regierung, und zwar innerhalb eines Monats nach der Wahl; klarere Fassung der Bestimmungen über die Einschränkung des Vollzugsrechts und der Vollzugspflicht des Ortsvorstehers in Art. 92 Abs. 1 des Entwurfs; grundsätzliche Anerkennung des Ortsvorstehers als Vollzugsorgan der Gemeinderatsbeschlüsse; Berücksichtigung der Vorschläge der Ortsvorstehervereinigung, betr. die Regelung der Bezüge des Ortsvorstehers im Falle einer Nichtwiederwahl; schließlich der Unterstellung der Polizeiverwaltung in den großen und mittleren Städten unter die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung anstelle des Oberamts. Weiter hatte der Vorstand des Städtetags sich zu äußern zu einem Verzeichnis der für jede Schule notwendigen Gerätschaften und Lehrmittel, das das Kultministerium aufzustellen beabsichtigt. Wesentliche Beanstandungen hatte er dagegen umsoweniger zu erheben, als er auf dem Standpunkt steht, daß für die Schule getan werden soll, was möglich ist; er hätte aber gewünscht, daß mit Rücksicht auf die derzeitige ungewöhnlich starke finanzielle Belastung der Gemeinden diesen ein längerer Zeitraum zur Durchführung der Anschaffung gelassen und daß bei manchen Gerätschaften anstelle der Muß-Vorschriften eine Soll-Vorschrift vorgesehen worden wäre. An die Sitzung schloß sich eine schlichte Abschiedsfeier für den anfangs März aus seinem Amt ausscheidenden Oberbürgermeister Hepp-Reutlingen an, der an der Gründung des Württ. Städtetags im Jahr 1898 nicht geringen Anteil hatte und der seit 30 Jahren dem Vorstand angehört. Manches Wort der Anerkennung und des Dankes wurde dem Scheidenden gewidmet, manche Wünsche ihm auf den Weg gegeben, der mit seinem großen Wissen und seinen reichen Erfahrungen im Städtetag wertvolle Mitarbeit geleistet und durch seinen erfrischenden urwüchsigen Humor so oft die Herzen erfreut hat. Der Städtetag wird ihn und seine Arbeit in bester Erinnerung behalten.

Die Politik des „Stahlhelm".

Berlin, 21. Febr. Der preußische Ministerpräsident hat kürzlich im Landtag angekündigt, daß die preußische Regierung erwäge, den Beamten die aktive Tätigkeit im Stahlhelm zu verbieten. Auch die Reichsregierung hat sich bereits mit diesem Problem befaßt. Vom demokratischen Pressedienst wird jetzt mitgeteilt, „daß eine hohe und autoritative Stelle" mit dem Stahlhelm Fühlung genommen habe, um eine Auskunft über die sogenannte „Haß-Botschaft" des Stahlhelms und verschiedene politische Entschließungen zu erhalten. Von der gewünschten Auskunft würden, wie erklärt wird, weitere politische Entscheidungen abhängen. Mit der „hohen und autoritativen Stelle" kann wohl niemand anders als Hindenburg selbst gemeint sein. In der Tat hat der Stahlhelm durch die Formulierung seiner Entschließungen, wie durch sein ganzes Auftreten überhaupt, es dem Reichspräsidenten nachgerade unmöglich gemacht, selbst in seiner Eigenschaft als alter Soldat noch die Huldigungen des Stahlhelms entgegenzunehmen. Im Hugenbergblatt erklärt der Bundesführer Seldte, daß der Stahlhelm den Fehdehandschuh aufheben werde: „Wenn die Herren Braun und Severing die Zeichen der Zeit nicht erkennen, wenn sie den Kampf gegen die Rechte, gegen nationale Beamte, gegen den Stahlhelm zu führen sich unterstehen, dann sollen sie die Antwort haben. Antwort und den Kampf, der selbstverständlich das Ziel hat, derartig ungeeignete Führer zu beseitigen, und an ihre Stelle Führer zu setzen, denen das Wohl des Vaterlandes das erste Gesetz ist."

Erregte Zwischenfälle in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Hamburg, 21. Febr. Am Schluß der großen Debatte über den Staatshaushaltsplan kam es in der Hamburgischen Bürgerschaft gegen Mitternacht zu erregten Zwischenfällen. Als der nationalsozialistische Abgeordnete Hüttmann seine Rede zum Etat hielt, reichte ihm der sozialdemokratische Abgeordnete Olfers in Anspielung auf seine Ausführungen einen Zollstock auf die Rednertribüne. Hüttmann warf den Zollstock Olfers wieder zu, der den Stock daraufhin erneut nach dem Rednerpult warf. Nun ergriff Hüttmann den Zollstock und warf ihn in der Absicht, Olfers zu treffen, nach den Bänken der Sozialdemokraten, verfehlte jedoch Olfers und traf die Abgeordnete Frau Heine. Hierdurch entstand große Erregung in den Reihen der Sozialdemokraten. Der Präsident versuchte den Zwischenfall dadurch beizulegen, daß er die Abgeordneten Hüttmann und Olfers zur Ordnung rief. Diese Entscheidung wurde von den Sozialdemokraten mit dem Hinweis darauf angefochten, daß der Präsident die Damen des Hauses nicht genügend schütze. Inzwischen hatte der kommunistische Abgeordnete Dettmann sich auf die Rednertribüne begeben und den Nationalsozialisten Hüttmann am Kragen gepackt. Die Erregung im Hause wurde immer größer, so daß der Präsident die Sitzung auf 10 Minuten unterbrach. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Präsident, daß er auf Grund einer Besprechung mit dem Aeltestenrat seine Entscheidung aufrechterhalte. Abg. Hüttmann hielt seine Rede zu Ende. Gleich darauf kam es erneut zu Zwischenfällen wegen einer Worterteilung an einen kommunistischen Abgeordneten. Die Streitigkeiten darüber führten zu erregten Zwischenrufen bei den Kommunisten, die den Präsidenten veranlaßten, 2 kommunistische Abgeordnete je dreimal zur Ordnung zu rufen und sie dann von der Teilnahme an der Sitzung auszuschließen. Die große Erregung im Hause hielt bis zum Schluß der Sitzung an.

Ausland.

Madrid, 21. Febr. Die Auflösung des spanischen Artillerikorps hat sich bisher ohne Zwischenfälle vollzogen.

London, 21. Febr. Der Abtransport der Europäer aus Kabul ist beendet, nur die diplomatischen Vertretungen sind noch dort.

Nur drei Stimmen Mehrheit!

Paris, 21. Febr. Die Nachprüfung des vorgestrigen Kammervotums, in dem die Regierung nur 6 Stimmen Mehrheit erhielt, ergab die überraschende Tatsache, daß die Stimmen der 3 der Sitzung fern gebliebenen Autonomisten Walter, Hauß und Stürmel zugunsten des Kabinetts gezählt wurden. Die 3 Autonomisten protestierten gegen dieses Vorgehen und erklärten, daß sie sich der Abstimmung enthalten hätten.

Konzentrierter Angriff auf die Transferklausel.

Paris, 21. Febr. Wie gewöhnlich sind die Berichte der Pariser Presse über die Arbeiten der Sachverständigenkonferenz angesichts der von den Delegierten gegebenen spärlichen Informationen mehr oder weniger diskrete Plaidoyers für den französischen Standpunkt. Fast alle Blätter verzeichnen heute mit Befriedigung die fortgehende Prüfung des zukünftigen Arbeitsverfahrens der Sachverständigen und suchen dabei ihren Lesern in ausführlichen Schilderungen klar zu machen, daß in diesem Verfahren zugleich ein großer Teil der Grundfrage entschieden wird, da es sich vor allem um die Prüfung der Transfer-Möglichkeiten handelt. Es finden sich die mannigfachsten Plaidoyers für die Aufhebung des Transferschutzes, der für Deutschland „unnötig" und „eine Last" sei. Die Transferklausel sei eine Kontrolle, deren Aufhebung moralische Bedeutung für das Reich besitze. Das Transferkomitee habe in Wahrheit ja niemals in Tätigkeit zu treten brauchen. Deutschland habe auf die Transferklausel selbst praktisch verzichtet, als es seine ausländischen Anleihen aufnahm.

Was haben die Engländer zu verbergen? — Britische Methoden im alten Deutsch-Ostafrika.

London, 21. Febr. „Daily Expreß" veröffentlicht heute Erklärungen des Gouverneurs von Tanganyika, Sir Donald Cameron, der sich zurzeit in London auf Urlaub befindet, als Antwort auf die kürzlich in der Wiener Presse erschienenen Berichte einer unter Führung des Grafen Michael Esterhazy aus Tanganyika zurückgekehrten Film-Expedition, in denen behauptet wurde, daß in Tanganyika noch Sklavenhandel herrsche und daß die Filmgesellschaft aus dem Lande verwiesen wurde, so daß keine Filmaufnahmen von den bestehenden Zuständen gemacht werden konnten. Sir Donald Cameron erklärte gegenüber dem „Daily Expreß", daß es in Tanganyika heute keine Sklaven gäbe. Die Filmgesellschaft wollte einen Film herstellen über Zustände, die nicht vorhanden seien. In Dar-es-Salam sei ihm davon Mitteilung gemacht worden, daß die Gesellschaft in Kikinadni, einem kleinen Hafen, einen sensationellen Film herstelle, in dem u. a. eine Szene gezeigt werde, wie eine weiße Frau von einem arabischen Sklavenhändler nach Afrika gebracht und an einem Pfosten angebunden wurde. Als eine Erklärung über den Film von den Behörden eingeholt wurde, erklärten die Mitglieder der Filmgesellschaft, daß beabsichtigt sei, in den Szenen die Zustände zu zeigen, die vor Ankunft der Weißen in Afrika herrschten. Da in Tanganyika eine Filmzensur besteht, wurde Befehl gegeben, den Film dort nicht ohne besondere Erlaubnis zu zeigen. Ferner sollten weitere Aufnahmen verboten werden, um den Eingeborenen keine Gelegenheit zum Zusehen bei den Aufnahmen zu geben. Als jedoch dieser Befehl in Kikinadni eintraf, war der größte Teil der Aufnahmen der Filmgesellschaft bereits fertig gemacht. Der Gouverneur erklärt, keine Ahnung davon zu haben, was aus der Filmgesellschaft geworden sei. Es sei jedoch „absurd" zu behaupten, daß sie durch Militär aus dem Lande verwiesen wurde. In einer Rede auf der Sondersitzung der Londoner Handelskammer sagte Sir Donald Cameron: Er sehe die Anlage britischen Kapitals in Tanganyika als sehr günstig an. Er zögere nicht zu erklären, daß die Eingeborenen endgültig die britische Regierung und keine andere Regierung erwarteten. Die britische Regierung habe sich verpflichtet, daß Tanganyika als Teil des britischen Reiches auch weiterhin verwaltet werde.

Samoa unter britischer Hand.

London, 21. Febr. Die „Times" meldet aus Neuseeland, daß die neue Regierung nunmehr den Bericht der Kommission veröffentlicht habe, die kürzlich die Zustände in Samoa untersuchte. In dem Bericht wird erklärt, daß der Administrator von Samoa über die Haltung der Samoaner außerordentlich besorgt sei und die eingehendste Untersuchung aller Zustände verlange. In dem Bericht wird festgestellt, daß die öffentlichen Dienste sofort reorganisiert werden müßten. Die Finanzlage wird als unbefriedigend bezeichnet. Neuseeland habe bisher 212 000 Pfund Sterling Finanzbeihilfe geleistet. Die Ausgaben in Samoa sind ungenügend kontrolliert worden. Eine beträchtliche Verminderung in den Ausgaben ist bereits erreicht worden. Es sei jedoch wünschenswert, daß das Budget möglichst bald ohne neuseeländischen Zuschuß ausgeglichen werde. In dem Bericht wird empfohlen, daß die verantwortlichen Offiziere in Samoa aus dem neuseeländischen Militärdienst hervorgehen sollen. Der Verwaltungsapparat der Angestellten soll vermindert werden, Arzthonorare erhöht und Schulgeld erhoben werden in den Fällen, wo die Eltern die Zahlung von Steuern verweigern.

Die Eingeborenenfrage in Südafrika.

London, 20. Febr. Die Eingeborenen-Vorlage ist von beiden Häusern des südafrikanischen Parlaments in 2 Lesungen behandelt worden. General Hertzog hielt bei dieser Gelegenheit eine große Rede, in der er sagte, eine Gleichstellung der Eingeborenen mit den Weißen wäre nur dann möglich, wenn die Weißen zum Verlassen des Landes bereit wären. Der Wunsch der Eingeborenen auf Gleichstellung sei deshalb unerfüllbar. Die weiße Rasse wolle Südafrika verwalten. Wenn die Eingeborenenfrage nicht sofort zweckmäßig geregelt werde, dann bestehe die Gefahr, daß die Eingeborenen in 100 Jahren die Mehrheit im Parlament besäßen.

Englische Stimmen. „Die Aussichten wenig rosig".

Reuter meldet aus Paris: Wenn auch strenges Stillschweigen gewahrt wird, ist es doch klar, daß der Sachverständigenausschuß jetzt mit dem Kern des Problems beschäftigt ist. Die eigentliche Schwierigkeit liegt darin, die Gläubiger oder den Schuldner dazu zu bringen, unverbindliche Vorschläge zu machen, die als Ausgangspunkt für Verhandlungen dienen könnten. Gegenwärtig sind sie noch durch eine weite Kluft getrennt und ein Versuch ist gemacht worden, die Parteien in vertraulichen Privatbesprechungen näher zu bringen. Hiermit waren gestern Sir Josiah Stamp und Dr. Schacht beschäftigt. Heute ist es der Unterausschuß der 5 Sachverständigen. Der Pariser Korrespondent der „Financial News" und „Morningpost" meldet: „Die Verhandlungen sind plötzlich in ein kritisches Stadium getreten und in den nächsten 24 Stunden wird sich vielleicht ihr Schicksal entscheiden. Ich kann zuverlässig sagen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Schacht und Stamp beträchtlich waren. Die Tatsache, daß der Unterausschuß von 2 auf 5 Mitglieder vermehrt worden ist, ist an und für sich ein ungünstiges Zeichen. Es würde zwar verkehrt sein, in diesem Stadium der Verhandlungen eine allzu pessimistische Auffassung zu vertreten. Es werden große Anstrengungen unternommen werden, um eine Stockung oder einen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern, aber trotzdem ist klar, daß die Aussichten auf Regelung weniger rosig sind, als die Optimisten anfangs annahmen. Der Pariser Korrespondent der „Times" sagt: Ein Teil der deutschen Argumente scheint zu sein, daß der Dawesplan sich in verschiedenen wesentlichen Punkten besonders bezüglich des deutschen Produktionsapparats, als Irrtum erwiesen hat. Man legt hier keine Ueberraschung über den Verlauf der Dinge an den Tag. Es war von Anfang an zu erwarten, daß die abweichende Einschätzung Dr. Schachts bezüglich der Höhe der Annuitäten nicht leicht mit den Ansprüchen der Gegenseite zu versöhnen sein würde.

Die Brotkarte in Moskau.

Moskau, 20. Febr. Vom 15. März ab wird in Moskau die Brotkarte eingeführt zwecks strenger Rationierung der Mehlvorräte. Die Karten werden an Arbeiter, Studenten und Arbeitslose abgegeben und eine Karte berechtigt immer zur Entnahme von 250 Gramm Brot täglich. Berechtigt zur Annahme einer Karte ist aber nur, wer Ausweise der Wohnungsgesellschaft vorzeigen kann. Ortsfremde und alle Personen, die nicht der Arbeiterklasse angehören, müssen für das Brot höhere Preise bezahlen. Auf diese Weise will man ungefähr 400 Tonnen Brotgetreide täglich sparen. Die „Pravda" stellt heute fest, daß in Moskau noch genügend Weizenvorräte für 72 Tage und genügend Roggenvorräte für 51 Tage liegen.

U.S.A. und Haager Gerichtshof.

Washington, 20. Febr. Staatssekretär Kellogg hat den diplomatischen Vertretern sämtlicher Mächte, die das Weltgerichtshofprotokoll unterzeichnet haben, eine Note übermittelt, in der erklärt wird, die Vereinigten Staaten von Amerika seien bereit, Mitglied des Weltgerichtshofs zu werden unter der Voraussetzung, daß sich eine Formel finden lasse, die bei Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten das Hindernis beseitigen würde, das der amerikanische Vorbehalt bildete. Es handelt sich dabei um den Vorbehalt, daß der Gerichtshof nicht ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten irgendein Gesuch um ein Gutachten in irgendeiner Streitsache berücksichtigen solle, an dem die Vereinigten Staaten ein Interesse haben.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 22. Febr. (Landwirtschaft und Wettervorhersage.) Von seiten der Landleute hört man oft absprechende Urteile und spöttische Bemerkungen über die „Wettermacherei", wie die Wetterprognosen gerne genannt werden. Wenn man vor der Heuernte nach den Wetteraussichten gefragt wird und antwortet: „Nur raus mit den Sensen! Das Barometer geht rauf", so kommt unfehlbar die Entgegnung: „Ja, ja! Und der Regen geht runter." So hat man auch vielfach gespöttelt über die in den letzten Wochen mehrmals bekannt gewordene Vorhersage bald eintretenden Tauwetters, während die Frost-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

periode in grausiger Härte standhielt. Und doch hat die Sicherheit und reale Begründung der Wettervorhersagen in den letzten Jahren, unterstützt durch die Vervollkommnung rascher Berichterstattung, große Fortschritte zu verzeichnen. Eben die Landwirtschaft sollte aus dieser Tatsache Nutzen ziehen. Die überwiegende Mehrzahl der landwirtschaftlichen Arbeiten vollzieht sich im Freien und ist deshalb von der Witterung abhängig. Bei richtiger Verteilung der Arbeit auf Grund der Wetterlage kann nicht nur Zeit gespart, sondern auch in vielen Fällen ein schwerwiegender Vermögensverlust vermieden werden, wenn z. B. das Heu oder Getreide rechtzeitig gerettet wird oder in besserer Beschaffenheit zur Scheune kommt. Deshalb ist die Wettervorhersage für die Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung, wobei nur die Frage sich erhebt, ob die amtliche Wettervorhersagen der Meteorologischen Stationen und Landeswetterwarten wirklich eine geeignete Grundlage für die Feststellung der zu erwartenden Witterung geben. Da trifft es sich nun gut, daß mir vor einigen Tagen eine Schrift der Bremer Landeswetterwarte zuging, in welcher die Wettervorhersagen mit der tatsächlich eingetretenen Witterung verglichen werden. Es wird das Ergebnis festgestellt, daß von den Wettervorhersagen im Jahresdurchschnitt als zutreffend 69,7 v. H., als fast zutreffend 24,3 v. H. und als nicht zutreffend nur 6 v. H. zu bezeichnen waren. Damit ist die Brauchbarkeit der täglich in den Zeitungen veröffentlichten Hinweise einwandfrei erwiesen. Ohne Zweifel wird ins künftige der Prozentsatz der nicht zutreffenden noch weiter sinken, wenn Erfahrungen und Verbesserungen zur Geltung kommen. Mathematische Genauigkeit wird ja wohl niemals zu erreichen sein; denn auch das Wetter hat seine Launen. Trau schau wem!

Neuenbürg, 22. Febr. (Der Mathiastag.) Als Mathiastag, der heuer auf einen Sonntag fällt, ist der 24. Februar für den Landmann ein bedeutender Wetterprophet, denn an diesem Tage soll sich der gerade in diesem Jahre so sehnlichst erwartete Umschwung der Witterung vollziehen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es bisher kalt oder warm gewesen ist. Ueberall auf dem Lande kennt man die alte Bauernregel: „Mathias bricht's Eis, sind't er keins, so macht er eins". Und wenn sich auch diese alte Wettererfahrung nicht immer genau an das Datum des Mathiastages hält, so ist doch mit ziemlicher Sicherheit auf die Gültigkeit dieser Wetterregel für die letzte Februarwoche zu rechnen. Hoffentlich macht uns der grimmige Winter nicht noch einmal einen Strich durch die Rechnung. Am Mathiastag sollen bereits die Knospen an den Bäumen und Sträuchern zu schwellen beginnen und in den letzten Jahren konnte das Auge des Wanderers um diese Zeit über das leuchtende junge Grün der Wintersaaten streifen. Aus den Ackerfurchen heraus aber tönt das erste zarte Lied der Lerchen. Hoffen wir, daß mit dem Mathiastag langsam aber unhaltsam der neue Lenz seinen Siegeszug beginnt.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Norden kommt nun wieder voll zur Geltung. Für Samstag und Sonntag ist vielfach heiteres, frostiges Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 21. Febr. Das Café Uhland hier ging durch Kauf an Hotelier und Konditor Richard Kanzler aus Lindau, derzeit in Pforzheim wohnhaft, über. Der neue Besitzer wird das Geschäft anfangs März übernehmen.

Autounglück in Calmbach. Von beteiligter Seite wird festgestellt, daß der Wagenführer kurz vorher hielt und die Kühlerschutzhaube hob und kaum im Anfahren war. Die Fahrbahn hatte Löcher, daß man langsam fahren mußte, auch der Kinder wegen, die auf der Straße waren, was die Wageninsassen bezeugen (an der Bezeichnung „Jugend hat keine Tugend", darf der Berichtiger keinen Anstoß nehmen; besser wäre der Ausdruck, die Jugend ist sich nicht immer der Gefahren bewußt. Schriftl.) Daß der Kraftwagen nicht überall Sympathie genießt und dem Fahrer vielfach schon zum Voraus das Urteil gesprochen ist, ist eine leidige Tatsache, wie sie sich fast täglich aus dem Verkehr ergibt. Wir schließen uns dem Berichtiger voll und ganz an, wenn er zum Schluß bemerkt, um Verkehrsunfälle zu vermeiden, muß alles mithelfen, und nicht zuletzt die Schulbehörde, indem sie in dieser Richtung die Kinder auf die täglich drohenden Gefahren des immer größeren Umfang annehmenden Verkehrs hinweist und sie zu größter Vorsicht angesichts des gesteigerten Verkehrs ermahnt. Nachdem beide Teile wiederholt zum Wort gekommen sind, schließen wir dieses Kapitel. Schriftl.

Dobel, 20 Zentimeter Schnee, Beschaffheit Skiwiese harst, sonst Pulver, 3 Grad Kälte, heiter, Ost, Skibahn gut, Rodelbahn mäßig.

Vermischtes.

Stapellauf des Hapag-Motorschiffes „Milwaukee". Am Mittwoch nachmittag wurde auf der Werft von Blohm u. Voß der jüngste Motorschiffneubau der Hamburg-Amerika-Linie seinem Element übergeben. In Gegenwart eines großen Gästekreises vollzog sich das festliche Schauspiel bei strahlendem Sonnenschein. Der Bürgermeister von Milwaukee, Hoan, begleitet von seiner Gattin und mehreren Herren der Stadtverwaltung Milwaukee, hielt auf der mit deutschen und amerikanischen Fahnen geschmückten Taufkanzel die Festrede, in der er unter anderem sagte: „Wenn sich die Entwicklung der rein menschlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen der beiden großen Nationen wieder in friedlichen Bahnen abspielt, so daß ein großes Unternehmen, wie die Hamburg-Amerika-Linie, sich entschlossen hat, ihren Schiffen Namen von Städten des anderen Landes zu geben, so ist das sicherlich ein glänzender Beweis für die Entwicklung der internationalen Beziehungen überhaupt und für den Fortschritt des guten Willens und gegenseitigen Verstehens. Wir lieben unsere Stadt so, wie Ihre Bürger Hamburg lieben. Nahezu die Hälfte unserer Bürger sind deutscher Abstammung. Die Ehre, die Sie uns erwiesen haben, rührt uns tief. Alle Bürger Milwaukees sind hocherfreut, daß der Name unserer Stadt am Bug dieses Schiffes stehen wird." Mister Hoan schloß seine Rede mit einem Dank an die Hapag und Hamburg und sprach den Wunsch aus, daß die „Milwaukee" als Symbol des Völkerfriedens immer glücklich die Meere befahren möge. Punkt 2 Uhr zerschellte die Gattin des Bürgermeisters eine Flasche Schaumwein am Bug des Schiffes, und kurz darauf setzten sich 17 000 Tonnen in Bewegung, begrüßt von Rufen und Hüteschwenken der Menge. Die „Milwaukee", ein Schwesterschiff der „St. Louis", ist für die Route Hamburg—Newyork bestimmt und das größte Motorschiff der deutschen Handelsflotte in der Nordatlantikfahrt.

Eine Million Liter Sprit geschmuggelt. Bei den Vernehmungen des Schmugglers Bremer in Horten hat der Verhaftete mitgeteilt, daß er in den 5 Jahren, während deren er an der norwegischen Küste Schmuggel betrieb, im ganzen etwa eine Million Liter Sprit zum Bruttopreis von etwa 10 Millionen Kronen abgesetzt habe. Man nimmt an, daß er selbst dabei etwa eine Million Kronen verdient hat. Beim Verhör und im Gefängnis tritt Bremer sehr ungezwungen auf und ist in bester Laune. Man hat alle möglichen Maßnahmen getroffen, um ihm die Flucht unmöglich zu machen.

Belehrung. Apotheker (zum Lehrling): „Dieses hier ist aqua destillata. Das geben wir den Kunden in ganz verzweifelten Fällen, wenn wir nämlich das Rezept des Arztes absolut nicht entziffern können." — —

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 21. Febr. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 6 Ochsen, 30 Jungbullen, 33 Jungrinder, 8 Kühe, 283 Kälber, 493 Schweine (unverkauft 6). Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 45—47 (letzter Markt 45—47), b 41—44 (39—40), Jungrinder a 51—54 (52—55), b 44—49 (45—50), c 38—42 (38—43), Kühe —, Kälber b 74—77 (77—80), c 63—71 (66—75), d 51—60 (52—63), Schweine a fette über 300 Pfd. 78—79 (79—80), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 77—78 (79—80), c von 200—240 Pfd. 75—77 (77—79), d von 160—200 Pfd. 73—74 (75—76), e fleischige von 120—160 Pfd. 69—71 (70—74) Mark. Marktverlauf: Langsam.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 21. Febr. Mitte Februar d. J. ist die Frist zur Anmeldung von Baudarlehensgesuchen bei der württ. Wohnungskreditanstalt für das Jahr 1929 abgelaufen. Nachdem die Gesuche in einem Ausmaß eingekommen sind, das bei weitem nicht berücksichtigt werden kann, ist es zwecklos, weitere Gesuche einzureichen.

Billingen, 21. Febr. Heute vormittag 11.25 Uhr fuhr im Bahnhof Immendingen eine von einem Zug abgehängte Lokomotive dem Eilzug 384 Freiburg—Ulm in die Flanke, wobei dessen Lokomotive und Packwagen entgleisten. Durch den Zusammenstoß wurden zwei Reisende leichter verletzt, sie konnten aber ihre Reise fortsetzen, während ein dritter Reisender eine erhebliche Kopfverletzung davontrug. Der entstandene Sachschaden ist bedeutend.

Potsdam, 21. Febr. In einer Schonung bei Klein-Machnow wurde heute vormittag der 19jährige Primaner Hans Marcuse aus Berlin erschossen aufgefunden. Marcuse, der vor dem Examen stand, hatte sich vor einigen Tagen aus der Wohnung seiner Eltern entfernt und bereits vorher Selbstmordabsichten geäußert. Neben der Leiche wurde ein Abschiedsbrief gefunden, in dem er seine Eltern um Verzeihung bittet und angibt, er habe den Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, aus Furcht vor einem völligen Nervenzusammenbruch gefaßt. In der letzten Zeit hatten sich bei Marcuse Zeichen von Nervenstörungen bemerkbar gemacht.

Berlin, 21. Febr. Das Verfahren gegen Harry Domela, der auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft im Herbst v. J. in der Ebersburg bei Kreuznach verhaftet wurde, weil gegen ihn verschiedene Anzeigen wegen Betruges erstattet worden waren und dessen Verhaftung nach wenigen Tagen wieder aufgehoben wurde, ist nunmehr, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Berlin, 21. Febr. Gestern und heute wurden hier die Mitglieder eines Schwindlertrios festgenommen, das durch Vorspiegelung falscher Tatsachen größere Warenbestände an sich gebracht und versetzt hat. Es handelt sich u. a. um den 29 Jahre alten Karl Freiherr v. Friesen. Friesen, der im Schloß Weißenfee bei Meseritz eine Wohnung gemietet hatte, foppte den Pächter des Schlosses und der dazu gehörigen Güter. Der 35jährige Martin Breslauer spielte seinen Sekretär. Außerdem gehörte dem Kleeblatt noch die 33 Jahre alte Lisbet Froberg an. Geschädigt sind Juweliere, Kofferhandlungen und Ausstattungsgeschäfte. Für etwa 15 000 Mark Waren konnten wieder herbeigeschafft werden.

Berlin, 21. Febr. Reichsminister a. D. Dr. Geßler teilt mit, daß die Pressemeldungen, er werde am Sonntag einer Kundgebung der Vereinigten vaterländischen Verbände präsidieren, vollkommen unrichtig sind. Reichsminister a. D. Dr. Geßler wird lediglich bei der offiziellen Gedenkfeier als Präsident des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge am Sonntag den 24. Februar im Plenarsitzungssaal des Reichstages sprechen.

Berlin, 21. Febr. In einem Schreiben an den Reichskanzler erhebt der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, Einspruch gegen die Einreise Trotzkis, weil er davon eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit befürchtet.

Berlin, 21. Febr. Der deutschnationale Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau hat gegen die sozialdemokratische Schriftstellerin Valentin, bei der dieser Tage eine allerdings ergebnislos verlaufene Haussuchung stattgefunden hat, wegen Landesverrat beim Reichsgericht in Leipzig Klage erhoben. Frau Valentin steht im Verdacht, mit dem Verrat der Gröner'schen Panzerkreuzerdenkschrift in sehr engem Zusammenhang zu stehen.

Berlin, 21. Febr. Der Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium hat auf Grund des bisherigen zusammengebrachten Beweismaterials den Haftbefehl gegen die drei Brüder Saß bestätigt.

Berlin, 21. Febr. Der preußische Ministerpräsident Braun hat zur Lösung der Koalitionsfrage einen Verbindungsminister empfohlen, der aus den Reihen des Zentrums oder der Volkspartei gleichzeitig dem Reich und dem Preußenkabinett angehört.

Berlin, 21. Febr. Infolge der Kälte ereignete sich ein Gasrohrbruch an der Ferngasleitung Kupferdreh—Ueberruhr. Das Gas drang in ein von fünf Familien bewohntes Haus, dessen Bewohner sämtlich im Schlafe lagen. Insgesamt wurden 17 Personen mehr oder weniger schwer mit Gas vergiftet und mußten in das Kupferdreher Krankenhaus eingeliefert werden. Am schwersten haben mehrere Kinder gelitten, die bereits in tiefer Bewußtlosigkeit aufgefunden wurden. Das vom Gas bedrohte Haus wurde sofort geräumt. Das Gas war durch einen unterirdischen Kanal in das Haus eingedrungen. Da auch die Bewohner des benachbarten Hauses gefährdet waren, mußte auch dieses geräumt werden.

Saßnitz, 21. Febr. Das der Küste vorgelagerte Eis begann heute langsam nach der See abzutreiben. Es sind seewärts bereits einige eisfreie Stellen wahrzunehmen.

Stolp (Pommern), 20. Febr. Unter dem Verdacht der Spionage zu Gunsten Polens wurden in den Dörfern des Grenzkreises Bütow acht Personen durch die Grenzpolizei festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich sieben Deutsche und ein polnischer Staatsangehöriger. Die Verhafteten wurden dem Amtsgericht Stolp zugeführt. Es soll Beweismaterial für den Verdacht in den Händen der Behörden sein.

Paris, 21. Febr. Wie Havas aus Mainz berichtet, ist der Prozeß gegen die der Spionage beschuldigten deutschen Domänenbeamten, der morgen vor dem Mainzer Militärgericht beginnen sollte, vertagt worden.

Paris, 21. Febr. Die Sachverständigenverhandlungen, die gegenwärtig besonders geheim geführt werden, versuchen die Transferfrage mit dem Wohlstandsindex zu verknüpfen.

Paris, 21. Febr. Der Kassationshof in Paris hat den von Professor Roos gegen den Beschluß, seinen Prozeß vom Gericht in Kolmar an das Gericht in Besançon zu verweisen, erhobenen Einspruch abgewiesen. Professor Roos war im Autonomisten-Prozeß in contumaciam verurteilt worden; er hatte sich später zur Wiederaufnahme des Verfahrens den Behörden gestellt.

Wien, 21. Febr. Im Ostrakt des Schlosses Schönbrunn, wo jetzt Privatwohnungen sind, geriet heute früh durch einen offenen Koksofen, der zum Auftauen der Wasserleitung benutzt wurde, ein hölzerner Luftschacht in Brand. Das Feuer breitete sich bis zum ersten Stock aus, wo es ein Möbelvorratszimmer erfaßte, das in unmittelbarer Nachbarschaft der Prunkräume liegt. Der Brand wurde gelöscht.

Bukarest, 21. Febr. Aus Pascani wird gemeldet, daß zwölf Romoden-Zigeuner, die am Rande eines benachbarten Dorfes in zwei Zelten hausten, erfroren sind. In der Gemeinde herrschte ein starker Schneesturm, der die Straßen und Wege vollkommen ungangbar machte. Die erfrorenen Zigeuner sind erst nach Tagen in den Zelten aufgefunden worden. Die Kinder fand man an die Brust ihrer toten Mutter gepreßt.

New-York, 21. Febr. Commander Byrd, der Polarforschungen in der Antarktis vorgenommen hat, erklärt in einer Meldung an amerikanische Blätter, daß er ein großes neues Gebiet entdeckt und auf der Karte verzeichnet habe, das er für die Vereinigten Staaten in Anspruch genommen hat. Die Gegend hat er nach seiner Frau „Marg Byrd Land" genannt.

Newyork, 21. Febr. In Ebensburg und Hillsboro (West-Pensylvanien) sind durch überheizte Oefen zwei Häuser in Brand geraten, deren Insassen, zwei Frauen und acht Kinder, in den Flammen den Tod fanden. In Lansing (Illinois) brach aus der gleichen Ursache ein Hausbrand aus, dem fünf Kinder zum Opfer fielen, während ein sechstes Kind und die Eltern schwere Verletzungen davontrugen.

Peking, 21. Febr. Marschall Tengtschsiang ist bei seiner Ankunft in Kai-Feng von einer Abteilung Honantruppen überfallen worden. Es kam zu einem Kampf, bei dem mehrere Personen getötet und verletzt wurden. Tengtschsiang selbst ist unverletzt.

Beratung der Gemeindeordnung.

Stuttgart, 21. Febr. In der heute fortgesetzten zweiten Beratung der Gemeindeordnung wurde zu Art. 40 ein Antrag des Christl. Volksdienstes, wonach der Wahltag ein Samstag sein soll, abgelehnt, desgleichen ein Antrag Rath (D. Vp.) auf Streichung von Absatz 3 dieses Artikels. Nach diesem Absatz kann der Gemeinderat beschließen, daß mit amtlich hergestellten Stimmzetteln abgestimmt wird und daß andere Stimmzettel ungültig sind. Eine längere Erörterung knüpfte sich an Art. 45 (Freie Liste). Hier wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei, Demokraten und Bürgerpartei, das Panaschieren allgemein, also auch in Stuttgart zu erlauben, mit 30 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, der das Panaschieren nur in großen und mittleren Städten verbieten wollte. Beschlossen wurde, daß das Panaschieren nur in Stuttgart verboten sein soll. Gegen das Panaschieren wurde geltend gemacht, daß es zur Wahlunklarheit und Wahlkorruption führe, zu Interessen- und Profitwirtschaft auf dem Rathaus, während auf der anderen Seite für das Panaschieren angeführt wurde, es gebe den Wählern mehr Freiheit und hebe die Wahlfreudigkeit. Zu Art. 47 wurde mit 30 gegen 25 Stimmen der Rechten, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten ein Antrag Rath (D. Vp.) auf Aufschluß der Stellenwahl abgelehnt. Bei der Verteilung der Sitze ist also die Reihenfolge der Bewerber maßgebend, wenn mehr als die Hälfte aller auf den Wahlvorschlag entfallenden Stimmen für den unveränderten Wahlvorschlag abgegeben sind. Nur falls diese Voraussetzung nicht erfüllt wird, werden die einzelnen Sitze den Bewerbern nach der Stimmenzahl zugeteilt, die jeder von ihnen erhalten hat. Zu Art. 58 wurde ein Antrag Kübele (Ztr.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt und es blieb bei dem Ausschußbeschluß, daß Verwandtschaft nicht in allen Gemeinden, wie es der Entwurf vorgesehen hatte, sondern nur in kleinen Städten und Landgemeinden ein Hindernis für den Eintritt in den Gemeinderat sein soll. Die Mehrheit war der Ansicht, daß in den größeren und mittleren Städten die verwandtschaftlichen Beziehungen, die Vetterleswirtschaft, keine so große Rolle spielen. Bei Art. 63, der von der Anstellung besoldeter Mitglieder des Gemeinderats handelt, wandte sich der Abg. Heymann (Soz.) dagegen, daß die besoldeten Gemeinderäte eine höhere Dienstprüfung gemacht haben sollen. Der Kommunist Albert Fischer beantragte Streichung der Vorbildungsbestimmungen. Staatspräsident Dr. Bolz erklärte, daß in besonderen Fällen Befreiung von der Voraussetzung des Bestehens von höheren Dienstprüfungen gewährt werden könne. Die Abstimmung über diese Frage wurde zurückgestellt, dagegen ein Artikel 63 b angenommen, der den besoldeten Gemeinderäten das Stimmrecht im Gemeinderat, das Stimmrecht, das sie bisher hatten, nimmt. Morgen Nachmittag Fortsetzung der Beratung.

Beratung des Anerbengesetzes.

Stuttgart, 21. Febr. Der Rechtsausschuß des Landtags begann heute mit der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Anerbenrecht. Berichterstatter ist der Abg. Dr. Göz. Art. 1—7 werden angenommen. Ein Antrag Renz, Gauß (Ztr.), den Satz einzufügen: Söhne und Töchter, die in der Landwirtschaft ausgebildet sind, gehen solchen fremder Berufe vor, wird abgelehnt. Annahme findet ein Antrag Dr. Schumacher zu Art. 8: Arbeiten minderjähriger Miterben nach Vollendung des 16. Lebensjahres auf dem Gute mit, so steht ihnen ein Anspruch auf den üblichen Lohn zu. Zu Art. 14 wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen: Den Miterben steht in der Reihenfolge ihrer Berufung ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu. Art. 14—23 werden angenommen. Bei Art. 24 spricht sich Justizminister Dr. Beyerle für privilegierte Gebührenordnung aus. Ein entsprechender Antrag des Berichterstatters Dr. Göz wird angenommen. Art. 25 und 26 werden ebenfalls angenommen. Damit ist die zweite Lesung beendet. Justizminister Dr. Beyerle hat am Schluß noch mit der Ausschußberatung des Fideikommißgesetzes weiterzufahren. Der Rechtsausschuß ist in seiner Mehrheit damit einverstanden.

Unterschlagungen bei der Reichsbahndirektion.

Stuttgart, 21. Febr. Zu den in einem Teil der Presse erschienenen Mitteilungen über Verfehlungen eines höheren Reichsbahnbeamten in Stuttgart schreibt die Reichsbahndirektion Stuttgart: „Durch eine dienstliche Untersuchung, die durch Erhebungen unseres Prüfungsamts veranlaßt wurde, ist in den letzten Tagen festgestellt worden, daß der Vorstand des Verkehrsbüros der Reichsbahndirektion in der Zeit vom September 1926 bis August 1928 auf Grund fingierter Entschädigungsforderungen 8 Zahlungsanweisungen im Gesamtbetrag von 4754 RM. gefälscht und das Geld betrügerischerweise an sich gebracht hat. Der Präsident der Reichsbahndirektion hat gegen den Beamten, der geständig ist, sofort das förmliche Dienststrafverfahren eingeleitet und die vorläufige Dienstenthebung verfügt. Gleichzeitig ist Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart erstattet worden.

Drohender Lehrermangel in Württemberg.

Stuttgart, 21. Febr. Ein Abgeordneter des preußischen Landtags hatte unter Hinweis auf Nachrichten, wonach Württemberg zur Behebung des drohenden Lehrermangels von Ostern ab Abiturienten mit einjährigem Kursus zu Volksschullehrern heranbilden werde, das preußische Staatsministerium gebeten, angesichts der großen Junglehrernot in Preußen mit der Württ. Staatsregierung wegen Uebernahme einer entsprechenden Anzahl von Junglehrern zu verhandeln. Wie jetzt aus Berlin berichtet wird, hat sich das württ. Kultministerium für den Fall, daß im Laufe des Frühjahrs in Württemberg ein Mangel an Lehrkräften für die evangelische Volksschule eintritt, bereit erklärt, geeignete Schulamtsbewerber mit guten Zeugnissen, die in einem anderen Land ihre Ausbildung erhalten haben, nach Prüfung des Einzelfalls im württembergischen Schuldienst zu beschäftigen und bei Bewährung auch ihre endgültige Uebernahme zu erwägen.

Die Kirche in Kirchberg an der Jagst abgebrannt.

Kirchberg, 22. Febr. Donnerstag früh 2 Uhr ertönte hier Feueralarm, weil in der evangelischen Kirche ein Brand ausgebrochen war. Der Brandherd befand sich in einem Raum, wo am Abend zuvor Bibelstunde abgehalten wurde. Der Brandausbruch dürfte in der Ofenheizung liegen. Das Feuer breitete sich trotz energischer Bekämpfung rasch aus, so daß die ganze Kirche, eine Sehenswürdigkeit der Stadt, ausbrannte; es stehen nur noch die Umfassungsmauern.

Statberatung in den Ausschüssen. — Bedenken gegen die Steuer-Erhöhungen.

Berlin, 21. Febr. In den Reichsratsausschüssen wird zurzeit fieberhaft gearbeitet. Sonst erstreckte sich die Erledigung des Etats auf einen Zeitraum von Monaten. Diesmal sollen die Arbeiten in 14 Tagen erledigt werden. Deshalb bleiben im Gegensatz zu den sonst üblichen Halbtagssitzungen die Ausschüsse vom Morgen bis in den späten Abend zusammen. Mitte nächster Woche wird dann das Plenum des Reichsrats in öffentlicher Sitzung den Haushalt gutheißen und über die Steuervorschläge der Reichsregierung Beschluß fassen. Noch steht nicht fest, in welcher Form die rund 500 Millionen neuer Steuern aufgebracht werden sollen. Vorausgeschickt sei: Durch Steuererhöhungen war das Defizit nicht auszugleichen. Darüber ist man sich im Reichsrat auch einig, daß die von den Ministern vorgeschlagenen Posten das zwangsläufig Notwendige darstellen. So bleibt die Alternative: Entweder die Vorschläge der Regierung, die sich auf eine Erhöhung der Biersteuer, der Vermögenssteuer und der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol erstrecken, zu akzeptieren, oder aber die Erhöhung der Umsatzsteuer um ½ auf 1 Prozent dem Reichstag vorzuschlagen. Der Reichsrat wird voraussichtlich trotz aller Bedenken, die vornehmlich gegen die Biersteuer von Bayern und Sachsen geltend gemacht wurden, sich für die Annahme der Regierungsvorschläge entscheiden. Man hält es aber durchaus für möglich, daß der Reichstag bei der endgültigen Verabschiedung des Etats doch noch auf das Projekt der Umsatzsteuererhöhung zurückgreift. Die Bedenken nämlich gegen die Biersteuererhöhung bestehen nach wie vor. Von der Heraufsetzung der Monopoleinnahmen fürchtet man schlechthin eine Konsumdrosselung im Spirituosenhandel und eine fühlbare Schädigung der deutschen Landwirtschaft namentlich der des Ostens. Von den Ländern aber will keines das Odium der Unpopularität auf sich nehmen, das mit der Rückgängigmachung der vor 2 Jahren durchgeführten Umsatzsteuersenkung ohne Zweifel verbunden wäre, obgleich man allgemein der Auffassung sei, daß diese steuerliche Maßnahme für die deutsche Wirtschaft leichter tragbar sei, da sie alle ihre Zweige fast in gleichem Maße und in nur wenig spürbarem Grade belaste. In der Frage der zweiten Rate des Panzerkreuzers sind, wie in diesem Zusammenhang erneut festgestellt sei, keinerlei Schwierigkeiten zu erwarten.

Der Kanzler mahnt zur Sparsamkeit.

Berlin, 21. Febr. Wie eine Parlamentskorrespondenz hört, hatte Reichskanzler Müller im Laufe des Donnerstag eine Besprechung mit Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien. In dieser Besprechung wies der Reichskanzler auf die zahlreichen Anträge hin, die von Regierungsparteien in der letzten Zeit im Reichstag eingebracht worden sind, ohne daß die Parteien untereinander Fühlung genommen haben. Es handelt sich vor allem um die Anträge auf dem Gebiet der Sozialpolitik, in denen neue Ausgaben gefordert werden, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage von der Reichsregierung nicht verantwortet werden könnten. Der Reichskanzler richtete eine ernste Mahnung zur Sparsamkeit an die Parteien. Die Parteien stimmten diesen Ausführungen zu. Es wurde eine engere Fühlungnahme der Parteien untereinander angeregt. Koalitionsfragen wurden in der Besprechung nicht behandelt.

Das Agrarprogramm des Reichsernährungsministeriums.

Im Reichshaushalt sind zur Linderung der Notlage in der Landwirtschaft für die nächsten 5 Jahre je 20 Millionen R.M. vorgesehen, die vor allem zur Hebung des Absatzes dienen sollen. Im Reichsernährungsministerium ist ein Agrarprogramm ausgearbeitet worden, das insbesondere detaillierte Vorschläge zur Besserung der Lage in der Milchwirtschaft und auf dem Viehmarkt und zur Frage der Weizenpreisregulierung enthält. Auf dem Gebiet des Viehmarktes sind die Angleichung der Lebensviehzölle an die Fleischzölle und eine Reihe anderer zolltechnischer Maßnahmen vorgesehen. Auch ein Fortfall der zollfrei eingeführten Gefrierfleischkontingente soll vorgeschlagen werden. Bezüglich der Weizenpreisregulierung soll die Einführung eines Preisausgleichs bei der Weizeneinfuhr befürwortet werden, d. h. einer Gebühr, die solange erhoben werden soll, bis ein ausreichender Weizenkurs im Inland erreicht worden ist. Die auf solche Weise einlaufenden Summen sollen Verwendung finden, um Preisregulierungen auf anderen Gebieten herbeizuführen.

Keine neuen Steuern?

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung zur Frage der Gestaltung des Haushalts folgenden Beschluß gefaßt: Der Haushalt muß ohne neue Steuern ausgeglichen werden. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 380 Millionen zu entlasten. Von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Abstriche im ordentlichen Haushalt 1929 zu ersparen; angesichts der Finanznot des Reichs und der Ueberlastung der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte Sparsamkeit unabweisbar. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die den Ländern auf Grund bestehender Vorschriften zustehenden Beträge aus den Ueberweisungssteuern nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern um 300 Millionen gekürzt werden, zumal die Länder trotz dieser Kürzung noch immer erheblich mehr erhalten, als die ihnen gewährleistete Mindestsumme von 2000 Millionen. Da eine Erhöhung der Realsteuern dem Wege der Ersparnismaßnahmen widersprechen würde, so sind geeignete Vorkehrungen gegen solche Erhöhungen zu treffen. Nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus fordern wir die steuerliche Gleichstellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft. Dieser Beschluß wurde dem Reichskanzler mitgeteilt.

Dr. Eckeners Berliner Verhandlungen.

Berlin, 21. Febr. Dr. Eckeners gegenwärtiger Aufenthalt in Berlin gilt in erster Linie den Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine finanzielle Unterstützung für den in Friedrichshafen vorgesehenen Bau einer großen Werfthalle. Es sei so gut wie sicher, daß das Reich, vorbehältlich der Genehmigung des Reichstages, gemeinsam mit dem Freistaat Württemberg die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen werde. Weiter seien mit den zuständigen Stellen Besprechungen über die geplante Orientfahrt des „Graf Zeppelin" gepflogen worden. Die dabei getroffenen Vereinbarungen würden es ermöglichen, daß Dr. Eckener mit dem Luftschiff zu dem vorgesehenen Termin Ende März die Reise nach dem östlichen Mittelmeer antreten werde. Allerdings dürfte das Luftschiff, da ein Ueberfliegen von Aegypten nicht in Frage komme, einen etwas anderen Weg nehmen.

Köhl und Fitzmaurice fliegen direkt Berlin—Newyork. Ueber Berlin und Lissabon wird in der Luft getankt.

Berlin, 21. Febr. Zu den Ozeanflugplänen der „Bremen"-Piloten Köhl und Fitzmaurice erfährt eine hiesige Korrespondenz u. a. folgende Einzelheiten: Köhl und Fitzmaurice wollen in Begleitung zweier weiterer Piloten, deren Namen noch nicht genannt werden sollen, Anfang Juni von Berlin aus nach Newyork starten und sich dabei einer normalen Verkehrsmaschine und zwar der dreimotorigen Junkers G 24 bedienen. Das Junkersflugzeug, das mit 3 Junkersmotoren zu je 350 P.S. ausgerüstet ist, erhält statt der Laufräder besonders sorgfältig konstruierte, für den Gebrauch auf hoher See geeignete Schwimmer und infolgedessen wird der Start entweder auf dem Müggel- oder auf dem Wannsee vonstatten gehen. Köhl will nur mit ganz geringem Brennstoff starten und dann über Berlin mit Hilfe eines besonderen Tankflugzeugs die Brennstoffbehälter des Flugzeugs mit insgesamt 6 Tonnen Benzin auffüllen, um hierauf den Flug nach Newyork jedoch nicht wieder über Irland, sondern über die südliche Route anzutreten. Ueber Lissabon werden die Ozeanflieger eine zweite Tankmaschine erwarten und ihnen abermals den notwendigen Brennstoff in der Luft zuführen. Für den Fall, daß das Ozeanflugzeug gleich zu Beginn des Flugs über dem offenen Meer mit starken Gegenwinden zu kämpfen haben und sich seine Geschwindigkeit entsprechend verringern würde, soll auf funkentelegraphische Nachricht von Bord der Maschine ein drittes Tankflugzeug von Horta aus starten und eine letzte Brennstoffübernahme über dem Atlantik ermöglichen.

Die Angriffe gegen die Arbeitslosenunterstützung.

Berlin, 21. Febr. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Durch einen Teil der Presse ging kürzlich ohne nähere Angaben die Meldung, daß das Verladen von Briketts in die Eisenbahnwagen ins Stocken gekommen sei, „weil es unmöglich sei, aus dem Riesenheer von Arbeitslosen die nötigen Arbeitswilligen zu bekommen, die sich zum Verladen der Brikettstapel bereit fänden". Daran waren zum Teil recht abfällige Kritiken der Arbeitslosenunterstützung geknüpft. Das Reichsarbeitsministerium hat veranlaßt, daß alle Einzelfälle, die ihm bekannt geworden sind, sofort nachgeprüft werden. Dabei ist festgestellt worden, daß der Bedarf der Gruben an Arbeitskräften sofort ohne Stockung gedeckt worden ist. Einige Gruben haben sogar eine größere Zahl Abraumarbeiter entlassen, die jederzeit für Arbeit zur Verfügung standen. Damit erübrigt es sich, auf die Angriffe gegen die Arbeitslosenunterstützung einzugehen, die mit den Meldungen verbunden worden sind.

Beschlagnahme einer deutschen Zeitung in Polen.

Danzig, 22. Febr. Wie das in Dirschau erscheinende „Pommerellen Tageblatt" meldet, wurde seine gestrige Ausgabe vom dortigen polnischen Starosten wegen des Artikels „Hüben und drüben, polnische Schulen in Preußen und deutsche Schulen in Polen" beschlagnahmt. Der von der polnischen Zensur beanstandete Artikel brachte statistisches Material über die Minderheitsschulverhältnisse beider Länder. Das genannte Blatt findet die Beschlagnahme umso eigenartiger, als die im Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau" den gleichen Artikel unbeanstandet bringen konnte.

Anfragen im Unterhaus über die neuen deutschen Kreuzer.

London, 20. Febr. Im Unterhaus richtete der Abgeordnete Kenworthy an den ersten Lord der Admiralität die Frage, ob er irgendwelche Informationen über die geplanten neuen deutschen 10 000 Tonnen-Kreuzer besitze und ob er wisse, welche Bestückung, welche Geschwindigkeit und welchen Aktionsradius diese Kreuzer erhalten sollen. In Vertretung des ersten Seelords erwiderte der Parlamentssekretär der Admiralität, Headlam, daß die Admiralität keine Informationen besitze, die über die in der Presse erschienenen Berichte hinausgingen. Kenworthy fragte weiter, ob die Admiralität auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht berechtigt sei, die nötigen Informationen über die deutschen Schiffe zu fordern. Headlam antwortete, daß in den Angaben, die in den Zeitungen über die deutschen Kreuzerbauten erschienen sind, nichts enthalten sei, was den Bestimmungen des Vertrages zuwiderlaufe. Die Admiralität sei sich vollkommen klar darüber, daß der Vertrag nicht verletzt werde. Der Abgeordnete Ballairs stellte die Frage, ob Kenworthy nicht recht darin habe, daß Deutschland über alle Einzelheiten der Bestückung Auskunft geben müsse. Headlam erwiderte: Ich kann diese Frage nicht ohne weiteres beantworten, aber wir gehen, wie ich mit ziemlicher Bestimmtheit glaube, nicht in der Annahme fehl, daß der Vertrag von Versailles in keiner Weise verletzt worden ist.

Ein Memorandum über die Entwicklung des britischen Kolonialreiches.

London, 21. Febr. Der Staatssekretär für die Kolonien, Amery, gibt in einem heute veröffentlichten Memorandum eine umfassende Uebersicht über die Entwicklung des britischen Kolonialreiches in der Zeit vom November 1924 bis November 1928. In dem Bericht heißt es, das Tanganyika-Gebiet sei, als es unter britische Verwaltung kam, durch Krieg, Hungersnot und Seuchen verwüstet gewesen und habe die Hilfe des Schatzamtes in Anspruch nehmen müssen. Seither habe sich das Gebiet in bemerkenswerter Weise entwickelt. Die Eisenbahnen seien ausgebaut, die Möglichkeiten zur Beförderung von Frachten verbessert und Hunderte von Meilen Straßen seien angelegt worden. Ein gesetzgeberischer Rat sei errichtet und Eingeborenengerichtshöfe und -Räte seien geschaffen worden. Mit dem zunehmenden Verantwortlichkeitsgefühl der Eingeborenen hätten die Verbrechen abgenommen und man habe die Polizeitruppe vermindern können. In dem Memorandum wird auch darauf hingewiesen, daß die dauernden Unruhen in China eine ungünstige Rückwirkung auf Hongkong gehabt haben.

Frühlingswetter in London.

London, 21. Febr. Nach 11 Tagen strenger Kälte ist in London und in verschiedenen Teilen des Landes heute Frühlingswetter eingetreten. Bei strahlendem Sonnenschein stieg die Temperatur über Null. Das Tauwetter führte in einem Bergwerk in Nottingham zu einem Unfall. Ein großes Eisstück fiel in einen Schacht und tötete 2 Bergleute.

Ueberschwemmungskatastrophe in Griechenland.

Athen, 21. Febr. Der Verkehrsminister, der sich gegenwärtig auf einer Inspektionsreise durch die überschwemmten Gebiete in Griechisch-Thrazien befindet, telegraphierte: Die Lage ist geradezu tragisch. Das ganze Gebiet macht den Eindruck einer Polargegend. 100 000 Hektar Ackerland stehen unter Wasser, das auf weiten Strecken gefroren ist. Die Saaten sind zerstört und Vieh umgekommen. Zahlreiche Dörfer sind von der Außenwelt abgeschnitten. Man befürchtet, daß unter Eis und Schnee noch Tote gefunden werden. Der Minister schlägt vor, die Bevölkerung von 4 Dörfern im Bezirk von Didimotichon und von 3 Dörfern im Bezirk von Orestias abzubefördern. Infolge der auf die Schneefälle und Ueberschwemmungen zurückzuführenden Verkehrsschwierigkeiten wird der heutige Ministerrat die ursprünglich auf den 4. März festgesetzten Senatswahlen verschieben.

Die Hungersnot in Schansi.

Peking, 21. Febr. In einem Bericht des internationalen Hilfskomitees werden die schrecklichen Zustände, die in einem Teil der Provinz Schansi herrschen, geschildert. In einer Ortschaft liegen 200 Personen in Erwartung des Todes aufeinander gehäuft in einem Keller. Die Dorfbewohner essen zermahlenes trockenes Gras. Wegen der Hungersnot ist keine Winteraussaat möglich gewesen, so daß sich die Lage wahrscheinlich in den nächsten Monaten noch verschlimmern wird.

Deutsche Lokomotiven für Südafrika.

Kapstadt, 21. Febr. Die Südafrikanische Eisenbahn hat einen Kontrakt für Lieferung von Lokomotiven im Gesamtwert von 270 000 Pfund Sterling an 3 Firmen vergeben, und zwar an die deutsche Firma Henschel in Kassel, an die British Locomotiv-Company in Glasgow und an die Baldwin Locomotiv-Works in Philadelphia. Der Wert des deutschen Kontrakts beträgt 87 000 Pfund Sterling, der des englischen 99 000 und der des amerikanischen 82 000 Pfund Sterling. Wie von offizieller Seite erklärt wird, wurde der Kontrakt geteilt, damit die Lokomotiven noch rechtzeitig für die geschäftige Lage des Sommers geliefert werden können.

Die Wahrheit über Amerika.

Auswandererschicksal.

Unter den vielen, die der Heimat den Rücken kehren, um in den Vereinigten Staaten ihren Beruf auszuüben, sind sehr wenige, die sich vor ihrem Eintreffen darüber klar geworden sind, was ihrer harrt. Es mag sein, daß sie dieses oder jenes Buch über die Lage in den Vereinigten Staaten gelesen haben, um ihre Ausreise und das damit eingegangene Risiko gewährleistet zu sehen. Vielleicht ist auch der sicherlich ganz gesunde Drang nach Neuem so stark, daß er alle Einwände und Mahnungen irgendwelcher Art in den Wind schlägt.

Der Deutsche muß sich vor allen Dingen klar darüber sein, daß er sein Berufswissen nur nutzbringend anwenden kann, wenn er die Landessprache genügend beherrscht. Er muß weiterhin unterrichtet sein, daß z. B. der Kaufmannsgehilfe in den Vereinigten Staaten bei weitem nicht die soziale Stellung einnimmt, die ihm in Deutschland zusteht. Dies trifft bei dem zugewanderten Gehilfen noch mehr zu, weil er von vornherein mit einem mehr als bescheidenen Anfangslohn zu rechnen hat, der ihm harte Lebensbedingungen auferlegt. Der amerikanische Kollege hat meistens den Vorteil auf seiner Seite, bei Eltern oder Verwandten entweder umsonst oder gegen billiges Entgelt wohnen zu können.

Der Ausreisende muß weiterhin über die amerikanischen Arbeitsmethoden unterrichtet sein. Der Bürobetrieb hier erfordert mehr absolute Fertigkeit in irgend einem besonderen Feld, als abgerundete kaufmännische Ausbildung. Mit möglichst wenig Zeitaufwand eine bestimmte Arbeit zu verrichten, ist herrschender Grundsatz. Die Organisation des Büros läßt aus diesem Grunde die Anwendung kaufmännischer Allgemeinkenntnisse nicht zu und schließt deshalb eine höhere Bewertung der Arbeitskraft aufgrund dieser Vorbildung aus.

Ein weiterer Punkt ist die mechanische Seite des Berufs. Es hat sich wiederholt gezeigt, daß gute deutsch-englische Stenotypistinnen äußerst selten vorhanden sind. Die von den Anwärtern erreichte Silbenzahl genügt in den meisten Fällen nicht und führt früher oder später zur Entlassung. Ein gutbezahlter Bankbuchhalter-Posten konnte unlängst deshalb nicht besetzt werden, weil der Anwärter trotz seiner sonstigen guten Fähigkeiten die nötige Fertigkeit auf der Schreibmaschine vermissen ließ. Es ist weiterhin notwendig, sich mit der Bedienung aller Bürohilfsmaschinen vertraut zu machen, weil gerade das amerikanische Büro sich diese Neuerungen in weitestem Maße zunutze gemacht hat. Man erwartet deshalb, daß der Angestellte mit diesen Maschinen umzugehen weiß.

Manche Firmen betrachten Angestellte über 30 Jahre als ältere Angestellte, die anzustellen man nicht geneigt ist, weil das Angebot jüngerer und billigerer Kräfte eine genügende und vorteilhafte Auslese bietet. Aus den bereits angeführten Gründen nützen dem älteren Angestellten auch berufliche Erfahrungen wenig. Sein Arbeitsfeld ist, genau so, wie das jedes andern Gehilfen, auf einen bestimmten Vorgang begrenzt, so daß weder Alter noch eine außerhalb dieses Vorganges liegende Erfahrung anerkannt werden. Für die höheren Posten kommt der ältere Einwanderer seiner sprachlichen Unzulänglichkeit wegen nicht in Frage. So kommt es, daß viele dem Büro den Rücken kehren, um besser bezahlte körperliche Arbeit zu verrichten. Diese Zustände treffen auch auf andere Kopfarbeiterberufe zu. Mir sind persönlich bekannt: Ein Dr. rer. pol., der als Schmiedehelfer arbeitet; ein Dr. phil., früher in leitender Stellung an einer großen Bibliothek Süddeutschlands, der als Lagerarbeiter sein Dasein fristet; weiter ein Diplomkaufmann, dessen Tätigkeit nicht ganz an diejenige eines Kellners heranreicht (Trinkwasser auftragen, Tische abräumen usw.) In einem Falle ging ein amerikanischer Arbeitgeber soweit, einen deutschen Kaufmannsgehilfen zusammen mit einem Neger Reinigungsarbeiten im Büro vornehmen zu lassen. Es ist nicht der Zweck dieses Aufsatzes Rassenprobleme zu erörtern. Wir erwähnen diese Tatsache lediglich, um den unbegrenzten Möglichkeiten ein weiteres Beispiel anzufügen.

Die hier bezahlten Gehälter bewegen sich im allgemeinen zwischen 18 und 25 Dollar je Woche. Besser bezahlte Stellungen setzen gewisse Qualifikationen voraus, deren Besitz nur nach mehrjähriger Bürotätigkeit in den Vereinigten Staaten möglich ist. Es handelt sich hier hauptsächlich um geographische Kenntnisse, Ein- und Verkaufserfahrung, Kenntnis der Absatzgebiete, Frachtverkehr, Gesetzeskunde usw. Besitzt der Angestellte eine durchgreifende Kenntnis auf dem einen oder anderen Gebiete, so mag er bei entsprechenden Sprachkenntnissen Aussicht auf Erhalt einer besser bezahlten Stellung haben, sollte der Arbeitgeber nicht einen Einheimischen vorziehen.

Mindestgehälter und Tarifverträge für den Kaufmannsberuf kennt man nicht. Das während der letzten Wahlen so oft gehörte Feldgeschrei der abermals siegreichen Republikanischen Partei von der Wohlhabenheit der Bürger hat in vielen Zeitungen spöttische Erwiderungen hervorgerufen. Manches konservative Blatt machte auf die Tatsache aufmerksam, daß diese Wohlhabenheit keineswegs so allgemein angenommen sei. Ein von der Newyorker Universität herausgegebenes Organ führte 24,19 Dollar je Woche als das gegenwärtige Durchschnittseinkommen des Arbeitnehmers an. Ein alleinstehender, äußerst sparsam lebender Gehilfe kann mit 20 Dollar gerade das erstehen, was zum notdürftigen Lebensunterhalt notwendig ist. Unvorhergesehene Ausgaben können nur durch Annahme irgendwelcher Nebenarbeit bestritten werden.

Nach reiflicher Ueberlegung ist jedem abzuraten, der ohne jegliche finanzielle Unterstützung nach hier kommt. Das Ueberangebot an Kräften kann am besten durch die Tatsache illustriert werden, daß Theaterbesitzer bei der Anstellung eines Platzanweisers oder Türöffners Hochschulbildung zur Bedingung machen. Sie können dies nur tun, weil sie wissen, daß Hunderte nach dieser Gelegenheit greifen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Gesundheitliche Störungen können den Einzelnen und seine Familie mit einem Schlage vor das Nichts stellen, denn das reichste Land der Erde kennt weder gesetzliche Krankenkassen, noch Erwerbslosenunterstützungen.

So kommt es, daß die Zahl der Zurückkehrenden immer größer wird. Reich an Erfahrungen und eines Besseren belehrt, treten sie die Heimreise an, um dort Arbeit zu suchen, wo Gesetze der schonungslosen Ausbeutung einen Riegel vorschieben und wo heimatliche Umgebung wirtschaftliche Not leichter ertragen läßt, als im fremden „Land der unbegrenzten Möglichkeiten."

Karl T. Marx.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

An die Wähler und Wählerinnen!

Für die Stadtvorstands-Wahl

hat sich **Stadtschultheiß Knodel** wieder zur Verfügung gestellt.

Der von ihm erstattete **Tätigkeitsbericht** und seine **grundsätzliche Einstellung** zu den kommenden **Gemeindeaufgaben** haben allgemein große Befriedigung ausgelöst. Er hat damit dargetan, daß das Amt des Stadtvorstands seither in **in guten Händen war**, daß die Stadt allen Schwierigkeiten zum Trotz sich **kräftig entwickelt hat** und daß die **wirtschaftlichen und kulturellen Belange** bei ihm in **sicherer Obhut** waren und auch künftig sein werden. **Einen praktisch veranlagten, im Kommunaldienst erprobten Beamten** haben wir in dem seitherigen Stadtvorstand, dem auch **seine Gegner bestätigen** müssen, daß ihm das Interesse der Gemeinde sowohl wie dasjenige der einzelnen Glieder **besonderes Anliegen war und daß er seines Amts mit stark entwickeltem Pflichtgefühl und mit großer Sachlichkeit, Uneigennützigkeit und Unparteilichkeit waltet.**

Wähler und Wählerinnen! An der Wiederwahl des Stadtschultheißen Knodel ist kaum zu zweifeln. **Es darf aber nicht sein, daß eine Wahlflauheit einreißt. Die Wahl ist für den Gewählten eine Vertrauenssache und je einmütiger die Wahl, desto fester die Stellung nach innen und außen. Es ist darum Ehrensache der Wähler, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Bleibe keiner zu Hause. Eine volle Wahl muß es sein.** Schenkt aufs neue Euer Vertrauen

Stadtschultheiß Knodel.

Der Wahlausschuß.

Bekanntmachung.

Am 1. März ds. Js. tritt die Verordnung des Innenministeriums über den **Schutz von Personen gegen Hunde** vom 15. Januar 1929 (Reg.-Bl. S. 84) in Kraft. Die wichtigsten Vorschriften dieser Verordnung sind:

1. Jeder frei umherlaufende Hund muß mit einem Halsband versehen sein, das den Namen und Wohnort des Besitzers in deutlich lesbarer Schrift ersehen läßt;
2. läufige und räudige Hunde sind gehörig zu verwahren;
3. verboten ist, Hunde zur Nachtzeit außerhalb der Wohnung oder des geschlossenen Hofraums frei laufen zu lassen;
4. gegen grundloses Anbellen oder Verfolgen von Personen, Fahrzeugen oder Tieren durch Hunde sind die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen;
5. verboten ist das Hetzen von Hunden auf Menschen;
6. außerhalb der Wohnung oder anderer umschlossener Oertlichkeiten, zu denen Fremde kein Zutrittsrecht haben, müssen mit einem das Beißen sicher verhindernden Maulkorb — als solcher ist anzusehen ein Maulkorb, der nicht abgestreift werden kann und dessen das Maul umfassender Teil aus einem so festen und engmaschigen Netzwerk besteht, daß der Hund mit den Zähnen Menschen oder Tiere nicht verletzen kann — versehen sein:
   a) rauflustige oder bissige Hunde aller Rassen;
   b) Bernhardiner, Leonberger, Neufundländer, Doggen, Russische Windhunde, Rottweiler, Ungarische Hirtenhunde, Schweizer Sennenhunde sowie Schäferhunde aller Art;
   c) alle Abarten der in Ziffer b genannten Rassen;
   Hunde der genannten Rassen, die rauflustig oder bissig sind, sind außerdem an der Leine zu führen.

Den Sicherheitsmaßnahmen der Ziffer 6 unterliegen nicht:

1. Junghunde, d. h. Hunde, die noch nicht abgezahnt haben, sofern sie nicht bissig sind;
2. Hunde, die einen Dienst zu leisten haben, der mit Maulkorb bzw. mit Maulkorb und Leine nicht geleistet werden kann, während der Zeit dieser Dienstleistung oder der zu dieser notwendigen Ausbildungszeit.

Für das Einhalten obiger Vorschriften sind neben dem Eigentümer des Hundes der Besitzer oder deren Vertreter verantwortlich. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht auf Grund anderer Strafbestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist, gemäß Art. 22 Ziffer 3 des Polizeistrafgesetzes bestraft. Außerdem ist jedermann berechtigt, Hunde, die entgegen den obigen Vorschriften und ohne Begleitung angetroffen werden, einzufangen. Eingefangene Hunde sind unverzüglich an die Ortspolizeibehörde abzuliefern, wo sie gegen Kostenersatz vom Eigentümer abgeholt werden können. Bösartige Hunde sind von polizeiwegen zu töten.

Die Polizeibehörde kann, insbesondere zur Begutachtung der Veranlagung oder zur Untersuchung auf Krankheit eines Hundes durch einen Tierarzt, jederzeit die Vorführung des Hundes anordnen oder sonst im Einzelfall gebotene Maßnahmen treffen.

Dr. Schmid, Regierungsrat.

Zur Konfirmation:
Gesangbücher
von einfachster bis feinster Ausführung empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

W. Forstamt Neuenbürg.
Forstmeister-Revier.

Schichtnutz- und Brennholz-Verkauf.

Am **Montag, den 4. März 1929**, vorm. 9 Uhr in **Neuenbürg** im „Bären" aus Staatsw. Förstereien Neuenbürg und Dobel. Rm. Eichen: Nutzholz (1,2 m lg.): 7 I., 5 II.; (1 m lg.): 16 I., 38 II. Kl.; 88 Anbruch; Rotbuch.: 21 Spält, 258 Schtr., 182 Prgl., 175 Klotzh., 73 Anbr.; Ahorn: 4 Schtr., 6 Anbr.; Birken: 3 Anbr; Nadelh.: 1 Schtr., 14 Prgl., 218 Anbr. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Billige Möbel!

Schlafzimmer, neu 320 Mk. mit Spiegelschrank, gutes gebraucht., mit 2 Bettstellen mit gut. Polsterrösten, Waschkommode mit Marm., Nachttische zus. 190 Mk. Schränke eintürig u. zweitürig von 20 Mk. an, Kommod., Küchenschränke, Betten, Sofa, Divan, Chaiselongue von 40 Mk. an, Nachttische, Regulateure 12 u. 20 Mk.

An- und Verkauf
Fr. Schöttle, Pforzheim,
Theaterstr. 10.

Sparerbund Neuenbürg
(Volksrechtpartei).

Mitgliederversammlung

Samstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei **Holzapfel**.
Bericht über die Landesversammlung und sonstiges.
Um zahlreichen Besuch bittet
die Vorstandschaft.

Württembergischer Schwarzwald-Verein
Ortsgr. Birkenfeld.

Sonntag, 24. Februar: Tageswanderung nach Derdingen. Bahnfahrt nach Maulbronn, Fußmarsch nach Derdingen wie im Wanderplan angegeben. Bei genügender Beteiligung per Auto nach Maulbronn oder Bretten u. zurück. Zusammenkunft pünktlich um ½9 Uhr bei der Aussicht, da vorher Besprechung.

Der Vorstand.

Zahlungsbefehle und Schuldscheine

empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung
Inh.: D. Strom.

Landw. Ortsverein Birkenfeld.

Am **Sonntag den 24. Februar 1929, nachmittags 2 Uhr**, findet im Gasthaus zum „Löwen" unsere jährliche

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des Kassiers und Schriftführers. 4. Verschiedenes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Geflügel-Ausstellung Schwann.

Am **Sonntag den 24. ds. Mts.** findet im Gasthaus zum „Ochsen" in **Schwann** eine

große Brieftauben- u. Geflügel-Schau

statt, wozu Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst eingeladen sind.

Brieftaubenverein Schwann-Ottenhausen.

Einladung

zur Teilnahme an dem

Kinderpflegekurs in Neuenbürg vom 25. Februar bis 8. März

und dem

Krankenpflegekurs vom 11. bis 22. März 1929

je abends von 8—10 Uhr in der Mütterberatungsstelle. Teilnehmergebühr 3.50 RM.; für Kinderreiche unentgeltlich.

Anmeldungen beim **Wohlfahrtsamt Neuenbürg** (altes Sparkassengebäude).

Den 22. Februar 1929.

Langenbrand.

Am **Montag den 25. Februar ds. Js.** findet hier

Viehmarkt

statt unter nachstehenden Bedingungen:

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten sowie aus dem Bezirk Pforzheim darf Vieh nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verseuchten Ortschaften dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Für Händlervieh sind bezirkstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.

Den 20. Februar 1929. **Schultheißenamt.**

I. F. C. 08 Birkenfeld.

Samstag den 23. Febr. 1929, abends pünktlich 8 Uhr

Generalversammlung

Gasthaus zum **„Löwen"**.

Tages-Ordnung:
1. Berichte. 2. Entlastung der Gesamtverwaltung. 3. Neuwahlen. 4. Satzungsänderungen u. Anträge. 5. Verschiedenes.

Sämtliche Mitglieder lade ich zu **pünktlicher zahlreicher** Beteiligung ein.

Die Mitglieder der Gesamtverwaltung treffen sich um ½8 Uhr im Nebenzimmer.

Der Vorstand.

Zu billigen Preisen
Gesangbücher
in reicher Auswahl
Bernhard Jgel,
Neuenbürg.